

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Sozialversicherung - Steuerschätzung - Schiffsbeteiligungen - Sanktionen - USA

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1996) : Kurz kommentiert: Sozialversicherung - Steuerschätzung - Schiffsbeteiligungen - Sanktionen - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 11, pp. 553-554

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137403>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sozialversicherung Politischer Aktionismus

Konstanz der Wirtschaftspolitik – so Walter Eucken – spielt für das Verhalten der Wirtschaftsakteure eine zentrale Rolle. Werden Datenänderungen nicht nur durch marktliche Prozesse ausgelöst, sondern auch noch durch die Politik, stellt sich die Frage, ob die Verarbeitungskapazitäten der wirtschaftlichen Akteure und ihre Flexibilität hinreichen, sich diesen Veränderungen adäquat anzupassen. Werden beide überfordert, macht sich im besten Falle Attentismus breit, in anderen Fällen suchen sich die Akteure ein stabileres Umfeld.

Diese Erkenntnis gilt anscheinend nicht für die bundesrepublikanische Sozial- und Wirtschaftspolitik. Zuerst sollten die Finanznöte der Arbeitslosen- und Rentenversicherung durch Verschiebung von Geldern der Pflegeversicherung (kurzfristig) gemildert werden, um allzu große Anhebungen der dortigen Beitragssätze im nächsten Jahr zu vermeiden. Jetzt scheint doch ein Beitragssatz von über 20% in der Rentenversicherung zur Diskussion zu stehen, falls die SPD beim Programm für Wachstum und Beschäftigung nicht so richtig mitzieht. Diese möchte wiederum die Niedriglohnarbeitsplätze durch Erhebung von Rentenversicherungsbeiträgen verteuern.

Durch die gerade vom Kabinett beschlossene Gesundheitsreform soll der Aufwand der Kassen dadurch beschränkt werden, daß weniger Gesetzesleistungen vorgegeben werden und die Krankenkassen mehr Gestaltungsfreiheit bekommen. Dies soll jedoch nicht zu „Leistungsausgrenzungen“ führen. Wie soll eigentlich gespart werden? Langfristig müßten jedoch – so der Minister ein paar Tage später – die Beiträge aufgrund der demographischen Entwicklung steigen. Was heißt in der Politik langfristig? Vielleicht sollte man doch auch im sozialen Bereich nach Lösungen suchen, in denen staatliche Akteure eine geringere Rolle spielen. ogm

Steuerschätzung Keine Überraschung

Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat Anfang November die für 1996 und 1997 zu erwartenden Steuereinnahmen gegenüber der letzten Schätzung vom Mai diesen Jahres um 5 bzw. 10 Mrd. DM nach unten revidiert. Die Steuereinnahmen sind in diesem Jahr weniger reichlich geflossen, als zunächst erwar-

tet. So fällt etwa die Schmälerung der Lohnsteuer durch den Kindergeldabzug höher aus, und die Einnahmen aus der Umsatzsteuer haben sich offenbar noch stärker als bisher befürchtet von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage abgekoppelt.

Die der jüngsten Steuerschätzung zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Annahmen der Bundesregierung gehen zwar von einer günstigeren konjunkturellen Entwicklung aus als die im Mai. Gleichwohl kam die Steuerschätzung zu Mindereinnahmen, vor allem weil aus heutiger Sicht mit niedrigeren Lohnsteigerungen und einem geringeren Beschäftigungsstand gerechnet wird. Auch tendenziell geringere Inflationserwartungen führen zu niedrigeren Schätzansätzen.

Eine Überraschung war das Ergebnis der Steuerschätzung freilich nicht. Die Wirtschaftsforschungsinstitute kamen bereits im Rahmen ihrer Herbstprognose bei vergleichbarer gesamtwirtschaftlicher Einschätzung zu Steuermindereinnahmen in ähnlicher Größenordnung, und der Bundesfinanzminister hat die erkennbaren Ausfälle zum überwiegenden Teil durch die mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung beschlossenen Sparmaßnahmen bereits im Haushalt 1997 in Höhe von 7 Mrd. DM aufgefangen. Um so erstaunlicher ist es, daß die um lediglich 3 Mrd. DM höheren Steuerausfälle zum Anlaß genommen werden, um im Schnellverfahren ein erneutes Sparpaket zu beschließen. Je näher der Termin für den Start zur Währungsunion rückt, desto hektischer und aktionistischer scheint die Finanzpolitik zu werden. ws

Schiffsbeteiligungen Fehlsteuerung

Bei der Verabschiedung des Jahressteuergesetzes hat der Bundestag im letzten Augenblick darauf verzichtet, Steuerermäßigungen für Handelsschiffe nicht erst von dem Tag der Vorlage des Regierungsentwurfes an, sondern schon rückwirkend zum 31. 12. 1995 zu kassieren. Nunmehr gilt: Für Schiffe, die bis zum 26. 4. 1996 bestellt worden sind und bis zum 31. 12. 1998 in Dienst gestellt werden, können noch Sonderabschreibungen in Höhe von 40% und Verlustzuweisungen bis zu 125% der Einlage geltend gemacht werden. Die Werften, Reeder und Schiffsfianziere können nun zur Finanzierung des derzeitigen Auftragsbestandes noch in Ruhe um Anleger werben, die sich von der Aussicht verlocken lassen, ihre Kapitalanlage bis zu drei Viertel vom Fiskus vorfinanzieren zu lassen.

Es ist jedoch nicht die Steuerstundung, die diese Anlageform für den Investor so reizvoll und für den Fiskus so teuer macht. Schiffsbeteiligungen versprechen vielmehr einen echten Steuervorteil, weil der Anleger in der Investitionsphase Steuern nach Maßgabe seines Grenzsteuersatzes spart, die Gewinne in der Betriebsphase und nach der Veräußerung des Schiffes aber nur mit dem halben durchschnittlichen Steuersatz versteuern muß. Dieser beträgt bei dem typischen Anleger nur zwei Fünftel des Grenzsteuersatzes. Die Kapitalanleger können deshalb auch dann eine ansehnliche Rendite erzielen, wenn das Schiff Verluste einfährt, was in der Branche nicht selten ist.

Es erstaunt deshalb nicht, daß inzwischen ein Fünftel der weltweiten Schiffbauaufträge aus Deutschland stammt. Es würde aber auch nicht verwundern, wenn die Auftragsflut nur eine Scheinblüte erzeugen würde, die ihre eigene Basis unterhöhlt. Die zusätzliche Tonnage drückt auf die Frachtraten und den Preis für gebrauchte Schiffe und könnte die Nachfrage nach Neubauten zum Erliegen bringen. Den Schaden hätten nicht nur die deutschen Steuerzahler, sondern auch die Werften und Reedereien und am Ende womöglich auch die Anleger. hä

Sanktionen Rückt der Handelskrieg näher?

Die Empörung der EU-Mitgliedsländer über die von den USA verhängten Gesetze, die Unternehmen mit Sanktionen drohen, die in Kuba investieren und dabei von der Jahrzehnte zurückliegenden Enteignung US-amerikanischer Firmen profitieren (Helms-Burton-Gesetz) bzw. im Iran oder in Libyen investieren, obwohl diese Länder von den USA der aktiven Unterstützung des internationalen Terrorismus bezichtigt werden (D'Amato-Gesetz), hat nach langem Tauziehen nun doch zur Verabschiedung gemeinsamer Gegenmaßnahmen geführt. Im Zentrum der Auseinandersetzung hatten dabei weder die US-Gesetze selbst noch die geeignete Ausgestaltung von Retorsionsmaßnahmen gestanden, sondern deren Rechtsgrundlage und die damit verbundene Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedsländern.

Nachdem Dänemark aus grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken seine Zustimmung auf der Basis von Art. 235 EG-Vertrag (Entscheidungsbefugnisse des Rates zur Vollendung der Ziele des Gemeinsamen Marktes) verweigert hatte, war eine Einigung nur durch kunstvollen Rückgriff auf ein älteres Übereinkommen möglich. Eine Rechtsgrundlage, die den Verzicht auf Einstimmigkeit bedeutet hätte, kam für

die Mehrzahl der Mitgliedsländer nicht in Frage, so daß die Antwort der EU auf die US-Maßnahmen fast dem Dauerstreit um die Kompetenzverteilung im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik zum Opfer gefallen wäre. Im Zentrum des nun verabschiedeten Arsenal von Gegenmaßnahmen steht der mögliche Rückgriff auf das europäische Vermögen von US-Firmen, die im Rahmen von Helms-Burton Schadensersatz gegen EU-Firmen einklagen. Ob dieses Warnsignal der EU beim amerikanischen Kongreß den gewünschten Erfolg zeitigen wird, ist angesichts der dokumentierten handelspolitischen Zerrissenheit der EU zweifelhaft. cbo

USA Perfektes Timing

Bill Clinton wurde am 5. November von den Wählern mit einer deutlichen Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Zentrales Thema seines Wahlkampfes war die Lage der amerikanischen Wirtschaft – wobei der Präsident den langen Konjunkturaufschwung selbstverständlich als Ergebnis seiner Politik in Anspruch nahm.

Tatsächlich gab es in den zurückliegenden vier Jahren einige wirtschaftspolitische Erfolge. So konnte Clinton gerade rechtzeitig zum Schlußspurt im Wahlkampf verkünden, daß der Fehlbetrag im Bundeshaushalt 1995/96 abermals geringer als im Vorjahr ausfiel und der 1993 versprochene Defizitabbau um 50% damit sogar noch übertroffen wurde. Ein Großteil der Erfüllung der Zielvorgaben geht allerdings darauf zurück, daß die amerikanische Wirtschaft stärker als in den Haushaltsplanungen angenommen gewachsen ist, somit die Einnahmen unerwartet kräftig flossen und weniger Ausgaben fällig wurden. Die Pluspunkte für den kräftigen Aufschwung stehen aber vor allem der Zentralbank zu, auch wenn das Festhalten Clintons an der Konsolidierung und die damit erreichte Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik sicherlich wichtig waren.

Als einen weiteren Erfolg verbucht Clinton, daß in seiner Regierungszeit fast 11 Mill. neue Arbeitsplätze geschaffen wurden und die Arbeitslosenquote seit Monaten nur knapp mehr als 5% beträgt. Tatsächlich liegt die Schaffung von Arbeitsplätzen aber weitgehend außerhalb der Hände der Regierung. Entscheidende Ursache auch des „Jobwunders“ ist der langanhaltende, kräftige und spannungsfreie Aufschwung, der vor allem durch die Stabilitätspolitik der Zentralbank ermöglicht wurde. Daß die Präsidentschaftswahlen gerade zu einem Zeitpunkt stattfanden, an dem sich diese besonders in ihren Erfolgen sonnen kann – das ist wohl das perfekte Timing, das sich ein Amtsinhaber wünschen kann. cb